

# Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 5

Montag, den 7. Januar 1929

81. Jahrgang

## Das Wichtigste

Reichspräsident v. Hindenburg nahm den Vortrag des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, entgegen. Die englische Regierung hat in Abänderung ihres bisherigen Planes beschlossen, die Sachverständigen durch die Reparationskommission ernennen zu lassen. Das Reichspostmuseum bleibt wegen größerer Instandsetzungsarbeiten vom 7. Januar ab auf etwa 2 bis 3 Monate geschlossen. Das kalte Wetter hat auch in der Nacht zum 6. Januar in ganz Frankreich angehalten. Aus den verschiedensten Gegenden werden reichliche Schneefälle gemeldet. In der Provinz ist die Temperatur bis auf 22 Grad unter Null gesunken, während in Paris nur etwa 3-4 Grad Kälte verzeichnet wurden. Die Zeitungen berichten über sechs Todesfälle durch Errieren.

## Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

(Eine wichtige Entscheidung im Impfwesen.) Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat kürzlich folgende für das Impfwesen sehr bedeutsame Entscheidung gefällt. Nach § 2 des Impfgesetzes ist ein Impfpflichtiger, der nach ärztlichem Zeugnis nicht ohne Gefahr geimpft werden kann, binnen Jahresfrist nach Aufhebung des diese Gefahr begründenden Zustandes der Impfung zu unterziehen. Das Oberverwaltungsgericht hat nun im Gegensatz zum Oberlandesgericht Dresden, aber in Übereinstimmung mit dem preussischen Oberverwaltungsgericht und dem Schrifttum, insbesondere auf Grund der Gesetzgebungsmaterien, dahin erkannt, daß die erwähnte Jahresfrist, die nach Beendigung des ersten ärztlich bescheinigten Gefahrenzustandes beginnt, eine Schutzpflicht für den Impfpflichtigen bedeutet, innerhalb deren die Impfung nicht erzwungen werden kann. In der Praxis wurde die gesetzliche Bestimmung nicht einseitlich, aber in Sachsen überwiegend dahin gehandhabt, daß die Impfung nach Aufhören des ärztlich bescheinigten Gefahrenzustandes sofort oder bei Beginn der neuen Impfsperiode erzwungen werden konnte.

(Höhere Wanderlagersteuer in Sachsen?) Da sich gegenwärtig die Klagen über die unzureichende Besteuerung der Wanderlager wieder mehrten, haben die sächsischen Handelskammern dem Wirtschaftsministerium gegenüber ihre Eingabe vom Jahre 1927 wegen der Neuregelung der Wanderlagersteuer in Erinnerung gebracht. Die sächsischen Handelskammern haben sich damals gemeinsam für eine Erhöhung der Wanderlagersteuer und für eine Ausdehnung des Wanderlagerbegriffes auf den Handel der unter Zuhilfenahme von Kraftfahrzeugen ausgeübt wird, auf Musterlager, sowie auf den mit Gegenständen des Wochenmarktverkehrs ausgesprochen, wobei sie Musterausstellungen, die für Wiederverkäufer bestimmt sind, ebenso wie bürnenmäßig erfolgende Verkäufe von der Wanderlagersteuer freigestellt wissen wollten, wie auch den Markthallen- und Wochenmarktverkehr. Warenfeilbietungen von umherfahrenden Kraftwagen aus sind nach einer Anordnung des Finanzministeriums schon jetzt der Wanderlagersteuer zu unterwerfen. Da unter den beteiligten Berufsvertretungen in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung besteht, erscheint es den sächsischen Handelskammern angezeigt, die beabsichtigte Neuregelung der Wanderlagersteuer möglichst zu beschleunigen, damit die zu Recht bestehenden Beschwerden beseitigt werden. Die sächsischen Handelskammern haben daher das Wirtschaftsministerium erneut gebeten, dafür zu sorgen, daß dem Landtag möglichst bald ein Entwurf über die Neuregelung der Wanderlagersteuer vorgelegt wird. Ein solcher Entwurf soll bereits fertiggestellt sein.

(Zur Verwendung von Schneeketten) schreibt der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e. V. (ADAC): Von verschiedenen Straßen- und Flußbauämtern wird berichtet, daß sehr viele Straßen, soweit sie geebnet sind, im allgemeinen schneefrei bleiben. Trotzdem fahren Automobile und Lastkraftwagen mit Schneeketten versehen, auf den schutzlosen Straßen, die durch die wie Hammerschläge wirkenden Stöße der Glieder der Schneeketten sehr beschädigt werden, so daß, wenn dieser Mißbrauch länger dauert, viele Tausende Mark Ausbesserungs- und Wiederherstellungskosten entstehen. Für diesen Schaden müssen die Eigentümer der mit Schneeketten fahrenden Kraftfahrzeuge aufkommen. Die Straßen- und Flußbauämter bitten dringend, die Kraftfahrzeugführer aufmerksam zu machen, daß die Erhaltung mit großen Kosten hergestellter Teerstrecken Pflicht eines jeden Fahrers ist, und daß jeder, der durch Schneeketten bei schneefreier Fahrbahn diese beschädigt, für den Schaden aufzukommen hat.

## Die wahrscheinliche Liste der ausländischen Sachverständigen

Nach englischen Meldungen sind England, Italien, Frankreich und Belgien übereingekommen, die Ernennung ihrer Sachverständigen für die Reparationskonferenz der Reparationskommission formell zu überlassen. Diese werden natürlich durch ihre Regierungen in Wirklichkeit ernannt und können auf keinen Fall als unabhängig und unparteiische Sachverständige gelten. Danach werden, wie man englischerseits meldet, aller Wahrscheinlichkeit nach den französischen Staat der Gouverneur der Bank von Frankreich Moreau, Parmentier, ehemaliger Delegierter im Daweskomitee, Rist, Untergouverneur der Bank von Frankreich, und Alix, französischer Rechtsgelehrter, vertreten. Für England werden Sir Josuah Stamp, der Direktor der Bank von England, und Lord Revelstoke, ebenfalls von der Bank von England, genannt. Belgien repräsentieren der ehemalige Finanzminister Francqui, und Italien der ehemalige Finanzminister Pirelli als erste Sachverständige. Die amerikanischen Vertreter auf der Sachverständigenkonferenz Owen Young und Jeremiah Smith haben endgültig ihre Posten angenommen.

### Parter Gilbert für Festsetzung der Reparationssumme.

Washington. Parter Gilbert, der Reparationsagent, traf hier ein und konferierte mit dem amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen, Keillogg. Er erklärte, die wichtigste Aufgabe der Sachverständigenkonferenz sei die Festsetzung der endgültigen Reparationssumme.

### Der Schein trägt.

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Rudolf Schneider wandte sich in einer Dresdner Zeitung scharf gegen Parter Gilbert. „Wir wissen wohl, daß manchmal der Schein gegen uns spricht, Berlin im Licht der Betriebs des Kurfürstendamms (in der Reichshauptstadt), die Großzügigkeit so mancher Stadtverwaltung mit Ausstellungen und sonstiger illuminierten Repräsentation. Da wird mancher Schaden angerichtet.“

Zu dem Jahresbericht des Reparationsagenten betont man in den bayerischen Regierungskreisen, daß seine ganze Tendenz mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reparationsverhandlungen zu den schwersten Beforgnissen Anlaß geben muß. Es stehe fest, daß das Reich keine neuen Steuern und Abgaben mehr auferlegen und die ganze Reparationssumme unmöglich aufbringen könne. Die Unterjochung des Agenten sei oberflächlich, mangelhaft und nur eine Teilunterjochung.

### Der Reichsernährungsminister zur Reparationsfrage.

Stuttgart. Bei der Landesversammlung der Deutschen

Demokratischen Partei Württembergs ergriff Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich das Wort. Der Bericht des Reparationsagenten eröffnet für uns bei der Lösung der Reparationsfrage wenig günstige Aussichten. Deutschland darf sich nie dazu hergeben, die Schulden der anderen Nationen an Amerika zu übernehmen und dann selbst bei Amerika Betteln zu gehen. Es geht nicht nur um die Schulden, sondern um die Ehre und das kaufmännische Ansehen des deutschen Volkes. Wir dürfen daher keine Verpflichtungen übernehmen, die wir nachher nicht erfüllen können.

## „Erdrosselung der deutschen Wirtschaftsrente.“

Hannover. Oberfinanzrat Dr. Bang sprach in Hannover über das Thema „Erdrosselung der deutschen Wirtschaftsrente“. Wir werden zerrieben zwischen den beiden Maßstäben einer groß angelegten Entleerungsmaschinerie: der Enteignung von außen durch Versailles und Dawesplan und die Enteignung von innen durch unsere marxistisch eingestellte Innenpolitik. Der Dawesplan, den die Sozialdemokratie als ihren größten Sieg gefeiert und dem Trost mit Recht eine schlechthin bolschewistische Wirkung zugesprochen hat, bedeute Rentenraub, ja er greife längst in die Substanz. Bei der Landwirtschaft liege diese Wirkung bis heute offen zu Tage. Bei der Industrie- und Gewerbeentwicklung sei dieser Zustand bis heute verhüllt worden durch ein falsches Abschreibungs- und Rückstellungssystem, das z. T. erzwungen worden sei durch steuerliche Bewertungsvorschriften und das zu einem neuen System des Selbstbetruges geworden wäre. Eine Wirtschaft, die 12 v. H. Zinsen zahlen soll, aber nicht mehr 12 v. H. reine Rente erwirtschaften könne, müsse im Zusammenbrüche enden.

### Mit Abtötung der Privatwirtschaft

sterbe auch die Wirtschaftsrente, und mit ihr sterbe Staat und Volk. Wir leiden also an der von uns selbst vollzogenen Erdrosselung der Wirtschaftsrente, indem wir unsere eigene Produktionsintensität ins Gegenteil verwandeln. Wir drücken unseren Arbeitsstandard sogar unter das Vorkriegsniveau, wollen aber trotzdem den Lebensstandard der Vorkriegszeit oder noch über ihn hinaus. Das deutsche Wirtschaftsproblem sei deshalb kein Anleiheproblem, sondern sei das Problem der Rente, also der Wiederherstellung der von uns selbst erdrückten Wirtschaftsrente. Was wir in allererster Linie nötig haben, ist deshalb neben der Befreiung aus den Dawesfesseln die Befreiung unserer Wirtschaft aus den künstlichen Produktionshinderungen durch eine Politik, die Staatszweck und Wirtschaftszweck nicht mehr scheiden kann.

jeder Fernsprechteilnehmer von seinem Anschluß aus die Wettervorhersage für den nächsten Tag telephonisch einholen kann. Die Vorhersage wird täglich um 11 Uhr vormittags der Reichspost von der Wetterdienststelle mitgeteilt und von diesem Zeitpunkt an kann jeder Telephonbesitzer die Auskunft einholen. Für jede eingeholte Wettervorhersage wird eine Gebühr von 20 Pfg. erhoben.

(Verschiebung der Gewerbesteuererklärungen.) Nachdem der Reichsfinanzminister entgegen seiner bisher bekanntgewordenen Absicht, die Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärungen für die Frühjahrsvoranlage 1929 auf die Zeit vom 11.-28. Februar verlegt hat, hat das sächsische Finanzministerium angeordnet, daß auch die Gewerbesteuererklärungen fürs Rechnungsjahr 1929 erst während dieser Zeit abzugeben sind. Ursprünglich war angeordnet worden, daß sie bereits im Januar abgegeben werden sollten.

Zittau. (Tod eines verdienten Journalisten.) Der ehemalige Hauptschriftleiter der „Zittauer Nachrichten“, Bruno Judeich, ist am Freitag im 67. Lebensjahre gestorben. Judeich war Gründer und langjähriger Vorsitzender des Bezirksverbandes Lausitz im Landesverband der Sächsischen Presse.

Radeberg. (Der Gasthauseinbrecher.) In unserer Stadt treibt wieder einmal ein Einbrecher sein Unwesen, der es hauptsächlich auf Gasthäuser abgesehen hat. So wurden der „Harmonie“ und dem „Schützenhaus“ unerwünschte nächtliche Besuche abgestattet. Der Einbrecher verschaffte sich Eingang durch ein Fenster und entwendete das

